Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 24 (2004)
Heft: 46

Vorwort: Editorial
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Editorial

Mit dem Nein zur Steuersenkung und zur Revision der Altersvorsorge (AHV) haben die Schweizer Stimmberechtigten am 16. Mai 2004 den Abbauplänen von Regierung und Parlament eine wider Erwarten deutliche Absage erteilt – und sich von der mehr als 10 Millionen teuren Abstimmungskampagne der Economiesuisse (Dachverband der Wirtschaft) nicht beirren lassen. Das rechtsbürgerliche Machtkartell und seine Speerspitze, der Think Tank Avenir Suisse, halten dennoch an der seit Monaten in der Tagespresse laufenden Offensive fest. Sie erklären die reiche Schweiz in schrillen Tönen erneut zum „Sanierungsfall"; warnen vor „Wohlstandsillusionen", „politischem Stillstand" und „Reformstau" und kalkulieren gleichzeitig unverhohlen mit höherem „Leidensdruck" und mit der „Opferbereitschaft der Bevölkerung"; und sie prangern die „Blockierungsmacht" politischer Akteure, das Mehrheitsprinzip und die direkte Demokratie als „Reformbremsen" (NZZ) an. „Die Demokratie ist in den meisten westeuropäischen Ländern zum Selbstzweck geworden. Sie ist nicht mehr Mittel, um den Rechtsstaat zu sichern, politische Willkür einzuschränken und staatliche Macht zu beschränken", so Avenir Suisse-Mitarbeiter Thomas Straubhaar (Tages-Anzeiger, 25.5.2004), der sich mit Vorliebe auf Friedrich August von Hayek beruft.

Hayek hat bekanntlich in seinen Schriften die neoliberale Neuordnung des Kapitalismus massgebend konzipiert. Das Credo von der Universalität des Marktprinzips und jenes vom Primat der Ökonomie über die Politik haben sich spätestens in den 90er Jahren als politische Doktrin in Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt; sie dienen als Rechtfertigung der globalen Vormachtstellung reicher Nationen und geldbesitzender Klassen. Der Imperativ „Alle Macht den Märkten!" richtet sich, daran liess bereits Hayek keinen Zweifel, gegen „Gewerkschaftsmonopole", gegen partizipative Demokratie und die „Unmoral des Egalitarismus". Denn „Ungleichheit ist nötig" (Wirtschaftswoche, 6.3.1981), und soziale Gerechtigkeit gilt als Feind der „Verfassung der Freiheit" im Kapitalismus (vgl. dazu M. R. Krätke, Widerspruch Heft 45/2003).

Der „Traum immerwährender Prosperität" (B. Lutz) hat sich verflüchtigt, Vollbeschäftigung und soziale Umverteilung haben ihre Bedeutung als Leitprinzipien der Arbeitsgesellschaft verloren. An ihrer Stelle dringen neoliberale Prinzipien wie Marktfähigkeit, Verwertbarkeit und Kosteneffizienz längst in alle Lebensbereiche, ins Denken und Handeln der Subjekte ein. Deregulierung und Flexibilisierung verhelfen einem Marktregime zum Durchbruch, das äusseren Zwang durch verinnerlichtes Konkurrenz- und Renditedenken, durch „Selbstzwang" und „Selbstführung" der Marktteilnehmerin ersetzt. Unter der marktzentrierten Unternehmensführung ist die Befriedigung von Kundenbedürfnissen oberstes Gebot und Selbstbestätigung zugleich. Der Wandel organisiert die Geschlechterverhältnisse neu und betrifft auch Bereiche jenseits der Erwerbsarbeit. Wenn neoliberale

Politik im Namen wirtschaftlicher Effizienz die Sozialbudgets verschlankt und Existenzrisiken individualisiert, so rechnet sie mit einer Ausweitung der mehrheitlich von Frauen und AusländerInnen geleisteten Reproduktions-, Betreuungs- und Tieflohnarbeit, ohne aber diese Ressourcen und Folgekosten in die betriebswirtschaftliche Effizienzrechnung einzubeziehen.

Ganz exemplarisch zeigen sich neoliberale Prioritäten in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der rotgrünen Regierung Deutschlands. Mit den „Hartz-Gesetzen" und der Reform-„Agenda 2010" setzt sie soziale Sicherheiten ausser Kraft und treibt die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen voran. Nach der Devise der Eigenverantwortung und Eigeninitiative werden Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen mobilisiert: Spar- und Arbeitszwang als Mittel des „aktivierenden Sozialstaats", der die gesellschaftspolitische Krise managt. Ein Reformweg, der die politische Linke spaltet.

In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung erzeugt solche Politik bei den von Lohn- und Renteneinkommen Abhängigen vor allem Unsicherheit, Angst und Apathie. Psychosoziale Folgen wie Privatverschuldung, Verarmung, Vereinsamung, Depression, soziale Scham, Gewalttätigkeit und Suizidalität nehmen in den reichen Metropolen seit Jahren zu und verursachen Gesundheitskosten in Milliardenhöhe. Auch hier findet eine immense Kostenabwälzung statt, welche der neoliberalen Marktdoktrin und ihrer „Effizienzrechnung" zunehmend die Glaubwürdigkeit entzieht und zu sozialen Protesten führt. Es stellen sich Fragen nach der Sozialtechnik, des „Regierens durch Individualisieren": Was veranlasst Subjekte dazu, sich in ihrem Lebensalltag einer „ökonomischen Regierung" zu unterwerfen, sich auf Lebenszeit für den Markt „fit" zu machen, selbst wenn sie daran Schaden nehmen? Welche Formen von Subjektivität entstehen im Wirkungsfeld der Macht? Dies u.a. wird im Anschluss an Michel Foucaults Thesen zur Gouvernementalität diskutiert.

Politische Alternativen und Widerstandsstrategien sind umso dringlicher. Gegen neoliberale Herrschaft und ihr globales Pendant, die imperialistische Kriegführung, wurde kürzlich die Partei der Europäischen Linken gegründet. Es ist eine neue Formation aus sechzehn sozialistischen, feministischen und ökologischen Parteien und Gruppierungen, die eng mit Gewerkschaften, Friedens-, Menschenrechts- und sozialen Bewegungen zusammenarbeiten und die Differenzen zwischen der antagonistischen und alternativen sowie der reformistischen Linken programmatisch überwinden wollen.

Die Redaktion